



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/231 - 6. Oktober 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 0 886 890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Erstes Interview mit dem neuen DGB-Vor-  
sitzenden Willi Richter S. 1  
Folgen der Schul- und Bildungsnot S. 4  
"Rhöndorfer Versprechungen" in zweiter Auflage? S. 7

S p e r r f r i s t bis Sonnabend 20 Uhr,  
frei für Sonntagsausgaben.

Willi Richter, der neue Vorsitzende des DGB, hatte die Freundlichkeit, unserem Redaktionsmitglied Rudolf Dux eine Reihe von Fragen zu beantworten, die die Öffentlichkeit interessieren dürften.

Eine Fülle von Aufgaben wartet

Das grosse Sozialprogramm - Gewerkschaftliche Kräftekonzentration -  
Mehr Betriebskapital durch "Miteigentum"?

Frage: Sie haben sich, Herr Richter, im Bundestag als sozialpolitisch besonders aktiver Abgeordneter und zugleich als verantwortlicher Sozialpolitiker des DGB einen Namen gemacht. Wird Ihr jetziges Amt Ihnen für diesen Aufgabenbereich noch Zeit lassen?

Antwort: Die Beratungen um die Neuordnung der Renten sind in ein Stadium getreten, die mich <sup>auch</sup> als Vorsitzender des DGB verpflichten, ihnen besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Mit den zuständigen Kollegen des Bundesvorstandes müssen wir alles Erforderliche veranlassen, dass eine fortschrittliche Regelung im Interesse der Arbeitnehmer und deren Hinterbliebenen umgehend erfolgt.

Frage: Wie stellen Sie sich die weitere Entwicklung der Sozialreform - die mit der Rentenreform ja erst begonnen hat - in der Zukunft vor?

Antwort: Ich bin der Auffassung, dass unter der Sozialreform nicht nur die Neuordnung der Sozialversicherung zu verstehen ist, sondern dass eine Sozialreform im weitesten Sinne des Wortes eine -2-

6. Oktober 1956

Gesellschaftsreform werden muss. Z.Zt. wird im Bundestag die Neuordnung der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten behandelt, aber es muss auch die Neuordnung der Knappschaftsversicherung, der Unfallversicherung und der Krankenversicherung durchgeführt werden.

Frage: Welche Rolle haben nach Ihrer Meinung die Gewerkschaften, insbesondere der DGB, in der künftigen sozialpolitischen Entwicklung zu spielen?

Antwort: Nach der auf dem Gründungskongress des DGB in München 1949 beschlossenen Satzung ist der DGB von den Gewerkschaften beauftragt und zuständig, die mit Gewerkschaften und ihre Mitglieder gemeinsam angehenden Fragen zu regeln. Dazu gehört insbesondere der gesamte Bereich der Sozialversicherung; aber auch die Frage der Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle auch für die Arbeiter, die Gewährung eines zusätzlichen Urlaubsgeldes und selbstverständlich der Ausbau der Mitbestimmung in allen Zweigen der Wirtschaft, beschäftigt den Bundesvorstand.

Frage: Wie beurteilen Sie den zeitlichen Ablauf der Neuordnung der Renten?

Antwort: Wie Sie wissen, habe ich schon während der Parlamentsferien als Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses des Bundestage seine Mitglieder zur Beratung der Gesetzentwürfe zur Neuordnung der Rentenversicherung der Angestellten und Arbeiter zusammengerufen. Die erste Lesung im Ausschuss ist erfolgt. Ich werde alles daran setzen, dass mit der zweiten Lesung begonnen wird, damit der Bundestag das Gesetz noch in diesem Jahr verabschieden kann. Mir sind natürlich die Bestrebungen verschiedener Abgeordneter und scheinbar auch kleinerer Fraktionen, die Beratungen des Gesetzes zu verzögern, nicht unbekannt geblieben. Ich kann mir weder vorstellen, dass die CDU nach dem Beschluss ihrer Parteitage in Stuttgart noch die SPD ihre Entwürfe zurückziehen.

Dazu kommen noch die Äusserungen des Bundeskanzlers bei der Eröffnung des DGB-Kongresses und die weitgehenden Ausführungen des Bundesarbeitsministers zur Neuordnung der

6. Oktober 1956

Rentenversicherung. Es ist nicht anzunehmen, dass der Bundeskanzler sein Versprechen nicht durchführt und dass der Bundesarbeitsminister, unser Kollege Storch, arbeitslos ist.

Frage: Der DGB-Kongress hat in Anträgen und Diskussionsbeiträgen der Delegation die stärkere Koordinierung der gewerkschaftlichen Aktionen durch den DGB-Bundesvorstand gefordert. Welche Massnahmen des DGB werden sich aus diesen Forderungen ergeben? Werden für diese Aufgaben besondere Einrichtungen und Organe tätig werden?

Antwort: Auf dem Frankfurter Kongress 1954 wurde die Forderung nach einem Aktionsprogramm erhoben. Bundesvorstand und Bundesausschuss haben inzwischen das Aktionsprogramm geschaffen. Der Bundesvorstand hat einen Ausschuss gewählt. Selbstverständlich ist es mit der Aufstellung von Forderungen allein nicht getan. Zur Durchsetzung der Forderungen bedarf es ausreichender finanzieller Mittel. Wir sind davon überzeugt, dass die Arbeitnehmerschaft dieses Aktionsprogramm nicht nur fordert, sondern auch durch den Erwerb der dafür von uns herausgegebenen Sondermarken weitgehend unterstützt.

Frage: Der Bundeskanzler hat in seiner Begrüßungsansprache den Arbeitnehmern "Miteigentum" an den Produktionsmitteln durch Investmentsparen und den Erwerb von Anteilen an den rentablen Bundesvermögen versprochen. Wie kam es, dass der Kongress dieses Angebot mit völligem Schweigen überging?

Antwort: Ich verweise auf den Beschluss des Bundeskongresses von Frankfurt. Die bisher von der Industrie gewünschte Form des Miteigentums ist nicht geeignet, Grundlage zur Bildung von Arbeitnehmer-eigentum zu sein. Ich habe noch keinen Unternehmer kennengelernt, der von seinem Besitz an Fabriken und Einrichtungen etwas hergeben oder seinen Gewinn mit der Belegschaft teilen will; vielmehr scheint man zu beabsichtigen, einen Teil des Lohnes und Gehaltes als zusätzliches Betriebskapital zu gewinnen.

Frage: Werden Sie nach Ihrer nun erfolgten Wahl zum DGB-Vorsitzenden Ihr Bundesparlamentmandat beibehalten?

Antwort: Ich werde viele der mir lieb gewordenen Tätigkeiten aufgeben müssen, da neue Aufgaben meiner warten. Ich werde mit meinen politischen Freunden und dem Bundesvorstand des DGB die Frage meines Bundestagsmandats besprechen, um eine allseitige befriedigende Lösung zu finden. Dies wird mir erleichtert durch die in einigen Monaten zu Ende gehende Legislaturperiode des Bundestages.

Wie bereits schon eingangs erwähnt, werde ich in den nächsten Wochen sowohl im Bundestag als auch im Bundesvorstand des DGB alles daran setzen, dass die Neuordnung der Rentenversicherung zu einem befriedigenden Abschluss kommt, denn die Not der Rentner und Hinterbliebenen muss behoben werden.

Alarmierende Zahlen.

ler. Die Zukunft des deutschen Volkes wird in seinen Schulen und Hörsälen entschieden. Die Beherrschung der Technik und die damit verbundene Steigerung der Produktion sind zu den mächtigsten Mitteln im Behauptungskampf in dieser Welt geworden. Die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten stehen heute an der Spitze von Forschung und Technik, sie haben die alten europäischen Industrieländer auf diesem Gebiet weit überflügelt, bei ihnen ist die zweite industrielle Revolution in voller Gange, gekennzeichnet durch die Verwendung der Atomenergie für industrielle Zwecke und durch die alle bisherigen Vorstellungen über den Haufen werfende Ersetzung der menschlichen Arbeitskraft durch die Automation. Beide Weltmächte stacheln die Leistungen ihrer Menschen an, indem sie sich auf das Beispiel des anderen berufen. Ein grosser Teil ihres Nationalbudgets wird für den Ausbau der Schulen und für die Ausbildung der Schüler auf allen Gebieten verwandt; wer hier nicht gleichzieht, kommt unter die Räder.

Droht Deutschland, einst das Mutterland von Technik und Wissenschaft durch das Können seiner Handwerker und die Fähigkeiten seiner Techniker weitberümt, in der Zukunft das Schicksal eines unterentwickelten Landes? Ist es dabei, den Wettlauf mit den anderen Industriestaaten zu verlieren?

Diese Frage ist nicht unberechtigt. Kürzlich legte der deutsche Industrie- und Handelstag die Ergebnisse von Prüfungen junger Lehrlinge beiderlei Geschlechts nach ihrer Ausbildung vor. Es sind alarmierende Zahlen. Dies hat die Untersuchung ergeben:

Im Jahre 1955 fielen von 229.338 Lehrlingen 8,6 v.H. männliche und 12,6 v.H. weibliche Lehrlinge bei den Abschlussprüfungen durch; von drei Bürogehilfinnen bestanden nur zwei die Prüfung.

30 Prozent aller Volksschulabschlussklassen konnten das Ziel dieser Schule nicht erreichen; die Urteile sind höchst unerfreulich: "Recht dürftiges Allgemeinwissen" - "Grundkenntnisse ausserordentlich gering." Völlig unzureichende Rechenkenntnisse hatten in Arnberg 41 %, in der Industriestadt Bochum 31 bis 38 % aller Lehrlinge;

Zwei Faktoren werden vor allem für diesen Tiefstand des Wissens verantwortlich gemacht: mangelnder Berufeschulunterricht und mangelnde Sorgfalt mancher Lehrherren. So konnten 300 000 Jugendliche die Berufsschule überhaupt nicht besuchen, weil es immer noch an

Lehrern und Räumern fehlt. Es gibt Betriebe, die zum Beispiel einem Mädchen nur das notwendigste beibringen, um eine brauchbare Verkäuferin aus ihr zu machen, sich aber sonst auf die Berufsschule verlassen - die es oft nicht gibt;

von einem allgemeinen Anstieg der Kenntnisse kann nach Ansicht des Deutschen Industrie- und Handelstags keine Rede sein, eher von Gegenteil, denn in vielen Lehrberufen geht es auch bei jungen Männern abwärts. Die Untersuchung bemängelt das unzureichende Lesen technischer Zeichnungen und die oft hanbüchlichen Kenntnisse in der Geographie.

Nach den Ursachen braucht man nicht lange zu suchen. Das immer noch herrschende Schulchaos - elf Jahre nach dem Zusammenbruch - führt zu solchen traurigen Ergebnissen. Die Kinder von heute haben das Leben von 1930 und darüber durchzustehen, aber die schulpolitische Arbeit ist nicht in der Lage, unseren Nachwuchs auf die Veränderungen in der Wirtschaft genügend vorzubereiten.

Hier nur ein Beispiel von vielen hunderten. Die Landeshauptstadt von Niedersachsen, Hannover, hatte 1939 59.000 Schüler und 87 Schulgebäude, heute verfügt diese Stadt, die Stadt der größten Messe der Welt, nur über 75 Schulgebäude, in denen 93.000 Schüler, 50 Prozent mehr als 1939, unterrichtet werden müssen. Schulmangel und größere Schülerzahl liegen als schwere Last auf Lehrern und Schülern. So ist es Hannover gleich vielen anderen Städten nicht möglich, den Schichtunterricht zu beseitigen und pädagogisch erträgliche Verhältnisse herzustellen, da die Mittel für den Bau von 40 notwendigen Schulen fehlen. Die anlaufende Aufrüstung der Bundesrepublik, die viele Milliarden verschlingen wird, versperrt den Gemeinden den Weg, durch Aufnahme von Baukrediten die Zahl ihrer Schulen auch nur auf den Stand des letzten Vorkriegsjahres zu bringen.

Für die Beseitigung der dringendsten Schulraumnot - es fehlen mindestens 40.000 Unterrichtsäume - sind Investitionen von vier Milliarden Mark notwendig. Bei dem bisherigen Tempo im Schulbau dürften noch zehn Jahre vergehen, bis der Stand von 1939 erreicht sein wird - zehn Jahre, in denen unser Nachwuchs nicht Schritt halten kann mit dem Nachwuchs anderer Völker, dem jede Förderung bis zur kostenlosen Ausbildung des Begabten zuteil wird.

Für die Zukunft und die Sicherheit unseres Volkes wird es aber entscheidend sein, ob es einen Beitrag für den kulturellen und technischen Fortschritt der Menschheit auch weiterhin leisten kann. Dieser Beitrag

besteht sicherlich nicht in der Aufstellung von zwölf deutschen Divisionen, er besteht in der Fähigkeit, unsere Bürger von morgen auf den Höchststand von Können und Wissen, Forschung und Technik zu bringen. Wie weit wir im Vergleich zur Vergangenheit hier zurückgeworfen wurden, beleuchtet nicht nur die Untersuchung des deutschen Industrie- und Handelstags, das zeigt uns auch die Kluft, die zwischen uns und den beiden Weltmächten auf diesem Gebiet besteht. Als einstmalige industrielle Vormacht werden wir, wenn nichts Entscheidendes für die Überwindung der Schulnot und für den Ausbau unserer Lehr- und Lernstätten geschieht, zur Abdankung in der zweiten industriellen Revolution gezwungen sein.

\* \* \*

#### SPD München gegen Karl-Marx-Gesellschaft e.V.

Im Verlauf von Auseinandersetzungen des Vorstandes der SPD München mit Vorstandsmitgliedern der Karl-Marx-Gesellschaft e.V. München, hat die SPD zu der Entscheidung gekommen, dass die Mitgliedschaft in der Karl-Marx-Gesellschaft mit der Zugehörigkeit in der SPD unvereinbar ist.

Der Vorstand des Unterbezirks München hat daher den SPD-Mitgliedern, soweit sie der Karl-Marx-Gesellschaft angehören, aufgegeben, ihre Bindungen zu dieser Gesellschaft zu lösen. Entscheidend für diesen Entschluss war, dass die Veranstaltungen der Karl-Marx-Gesellschaft für die Tätigkeit der sogenannten Arbeitsgemeinschaft ausgeschlossener und ausgetretener Sozialdemokraten zur Förderung geeignet sei und zudem von Kommunisten unterwandert worden sein könnte unter anderem festgestellt, dass die Einladungen der Karl-Marx-Gesellschaft dem gleichen Adressenmaterial entstammen, wie die Vereendungen kommunistischer Tarnorganisationen, da sie genau die gleichen Fehler in Namensrechtschreibung, Hausnummern und veraltete Adressen aufwiesen.

Die Karl-Marx-Gesellschaft wurde im Vorjahr in München gegründet und hat in letzter Zeit auch Ortsgruppen in anderen Städten der Bundesrepublik. Die Stellungnahme des Unterbezirks München richtet sich nicht, wie betont wird, gegen das Studium und die Diskussion über den Marxismus aus geschichtlicher soziologischer Konzeption als ausschliesslich gegen die Versuche der ostzeitlichen Unterwanderung.

\* \* \*

Der Bundeskanzler empfängt die  
Bauernpräsidenten

E.F. Am Montag empfängt der Bundeskanzler das Präsidium des Deutschen Bauernverbandes zur Erörterung wichtiger agrarpolitischer Fragen. Das bevorstehende Gespräch stellt die Fortsetzung einer Kette ähnlicher Unterredungen mit den Bauernverbandspräsidenten dar, in denen die Vertreter des Bauernverbandes die Wünsche und Forderungen der Landwirtschaft unterbreiteten. Eines davon ging im Frühsommer des Vorjahres als "Rhöndorfer Versprechung" recht unruhlich in die Geschichte ein. In diesem Gespräch hatte der Bundeskanzler den Bauern nämlich umfangreiche Versprechungen gemacht und dachte nachher nicht im entferntesten daran, sie auch in die Tat umzusetzen.

Die Bauern nahmen ihn aber beim Wort. Erst auf ihren Druck hin, durch die Organisation von Protestkundgebungen, die Abhaltung einer Urabstimmung und die Androhung eines Käuferstreiks, waren Bundeskanzler und Bundesregierung zu Zugeständnissen bereit.

Die Zusammenkunft am Montag findet aber unter ganz anderen Vorzeichen als die vorhergehenden statt. Der Kanzler kann in der gegenwärtigen Situation alles gebrauchen, nur kein Verlangen nach Preis-erhöhungen. Andererseits sind der grössere Teil der Bauern immer noch seine Wähler, die er nicht auch noch verlieren will. Es gibt für ihn also nur zwei Alternativen, entweder die Ablehnung sämtlicher Wünsche der Bauernvertreter oder neue "Rhöndorfer Versprechungen." Die Bauern draussen haben also von einem Gespräch mit dem Bundeskanzler nicht viel zu erwarten.

Zur Wahl des Zeitpunktes, den das Präsidium dieses zweitgrössten deutschen Verbandes zu seiner Besprechung auswählte, sind auch noch einige Worte zu sagen. Der Verband selbst kennt die augenblickliche schwache Position des Kanzlers und will sie zur rücksichtslosen Festigung seiner Macht und seines Ansehens bei den Mitgliedern ausnutzen.

Die Öffentlichkeit wird jedoch zu einem Zeitpunkt, wo alle weit über dem allgemeinen Preisanstieg stöhnt, einen solchen Schritt kaum Verständnis entgegenbringen. Die Landwirtschaft als nur noch sehr kleiner Bevölkerungsteil ist aber mehr noch je auf das wohlwollende Verständnis der übrigen Bevölkerungsschicht angewiesen.

Erst recht dürfte aber die Erzeugung einer neuen Panikstimmung in der Landwirtschaft nach einem voraussichtlich fruchtlosen Gespräch mit drei Präsidenten mit Adenauer nirgendwo mehr Anklang finden.

+ + +  
-----  
Verantwortlich: Peter Raukau